

Boden und Grundwasser mit PFAS-Chemikalien schwer belastet

## Strenge Auflagen für Currenta

Die Bezirksregierung Köln erteilt dem Leverkusener Chempark-Betreiber Currenta strenge Auflagen für die Einleitung verunreinigten Grundwassers in den Rhein. Das Grundwasser und der Boden seien während der Explosionskatastrophe im Bürriiger Entsorgungszentrum am 27. Juli 2021 mit Chemikalien der Stoffgruppe PFAS (Perfluorierte Alkylsubstanzen) verunreinigt worden, heißt es in einer Mitteilung der Bezirksregierung am Dienstag. Zu PFAS gehören rund 4700 Chemikalien, die in der Industrie eingesetzt werden, aber auch in Verbraucherprodukten zu finden sind.

Die Substanzen seien mit dem eingesetzten Löschmittel in Wasser und Boden eingedrungen – und befänden sich bis heute auf dem Bürriiger Gelände. In Kürze erreichen sie nach Angaben der Bezirksregierung die Sicherungsbrunnen, die eigentlich für die alte Giftmülldeponie gebaut wurden. Diese sollen verhindern, dass belastetes Wasser ungefiltert und ungeklärt in den Rhein abfließt.

Die Bezirksregierung will nun mithilfe einer Ordnungsverfügung sicherstellen, dass das Grundwasser gründlich gereinigt wird, bevor es in den Fluss gelassen wird. Daher werde Currenta verpflichtet, eine zusätzliche, temporäre Sanierungsanlage aufzubauen und das mit PFAS belastete Grundwasser zu reinigen. Das Grundwasser soll zweistraßig über insgesamt vier Aktivkohlefilter geleitet werden, zwei weitere Aktivkohlefilter sollen in Bereitschaft gehalten werden. In der Mitteilung wird versichert: „Die Reinigungsleistung der Sanierungsanlage wird engmaschig überwacht.“ Nach der Filterreinigung werde das Grundwasser in die Kläranlage und schließlich in den Rhein eingeleitet.

Darüber hinaus werde das Grundwasser an 13 Stellen im Schadensbereich auf dem Werksgelände durch eine regelmäßige Entnahme und Analytik überwacht, schreibt die Überwachungsbehörde.

Ein Currenta-Sprecher sagte auf Anfrage des „Leverkusener Anzeiger“, das Unternehmen werde sich an den von der Bezirksregierung beschriebenen Weg halten: „Dazu stehen wir seit vielen Monaten im engen Austausch mit der Bezirksregierung.“ (*hge*)